

GELD Widerstand im Bundestag

Empörung über höhere Diäten für Politiker

Erste Abgeordnete aus der SPD wollen gegen die geplante Erhöhung ihrer monatlichen Bezüge stimmen.

Von Christina Jäger

Berlin - Das Bundeskabinett hat die umstrittene Erhöhung der Diäten beschlossen. Das entsprechende Gesetz soll morgen in erster Lesung im Bundestag diskutiert werden. Zugleich wurde die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für Beamte beschlossen. Ebenfalls steigen sollen die Gehälter der Kanzlerin, der Minister und der Staatssekretäre. Die monatlichen Diäten sollen zum Januar 2009 um 278 Euro und ein Jahr darauf um weitere 213 Euro steigen. Derzeit liegt die Vergütung für Abgeordnete bei 7339 Euro im Monat.

Die Entscheidung sorgte bei Opposition und Verbänden für Empörung, zumal erst Ende 2007 eine Anhebung der Diäten um 9,4 Prozent auf das Niveau von Bundesrichtern beschlossen worden war. "Dieses weitere Draufsatteln ist ein Skandal", urteilte der Verwaltungswissenschaftler Herbert von Arnim. Von einer "Gerechtigkeitslücke in Deutschland" sprach der Präsident des Sozialverbands VdK, Walter Hirrlinger.

Der FDP-Partei- und -Fraktionsvorsitzende Guido Westerwelle appellierte an die Abgeordneten der Großen Koalition, im Bundestag gegen die geplante Diätenerhöhung zu stimmen. "Jetzt ist die Stunde des freien Abgeordneten." Eine Anhebung um fast 16 Prozent sei "maßlos". Gegenüber dem Abendblatt hatten bereits die Hamburger Oppositionspolitiker Norman Paech (Linksfraktion), Krista Sager (Grüne) und Burkhard Müller-Sönksen (FDP) betont, dass sie gegen die Anhebung sind.

Auch einige SPD-Abgeordnete wollen gegen das Vorhaben votieren. "Ich werde der Anhebung der Abgeordnetenentschädigung nicht zustimmen", erklärte der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz auf der Internetplattform abgeordnetenwatch.de. Seine Fraktionskollegin Gabriele Hiller-Ohm wandte sich ebenfalls gegen das Vorhaben der Großen Koalition. Sie halte die Anpassung der Diäten an die Bezüge von Bundesrichtern weiterhin für zu hoch: "Ich habe die letzte Erhöhung der Abgeordnetendiäten abgelehnt und werde dies in der Konsequenz auch diesmal tun." Die CSU-Seniorenunion forderte die CSU-Abgeordneten auf, die Erhöhung abzulehnen.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann verteidigte den Beschluss. Das jetzige System sei "so transparent wie die Preisetiketten bei Aldi", sagte Oppermann. Außerdem stelle es "keinen Fahrstuhl nach oben" dar. Wenn es im öffentlichen Dienst keine Zuwächse gebe, bekämen auch die Abgeordneten keine. Er verwies darauf, dass es in den vergangenen 30 Jahren 13 Nullrunden gegeben habe.

erschieden am 8. Mai 2008